

# Ist das geplante CO<sub>2</sub>-Gesetz ein Meilenstein für das Klima?

Heiss umstritten, gehen die Meinungen zum neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz weit auseinander – auch unter Christinnen und Christen. Sind höhere CO<sub>2</sub>-Abgaben im Namen der Klimagerechtigkeit und künftiger Generationen das Gebot der Stunde? Am 13. Juni stimmt die Schweiz ab



FOTO: ZVG

**Stefan Salzmann** ist Co-Präsident der Klima-Allianz Schweiz und arbeitet beim katholischen Hilfswerk Fastenopfer als Programmverantwortlicher für Energie, Klimagerechtigkeit und Klimapolitik

## Ja, es ist ein unerlässlicher Schritt

Der jahrzehntelang zunehmende Verbrauch fossiler Energien hat dazu geführt, dass das klimatische Gleichgewicht bedroht ist. Schweizerinnen und Schweizer verursachen konsumbasiert so viel CO<sub>2</sub> wie das reichste Prozent der Weltbevölkerung – über 14 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr und pro Kopf. Dieses reichste Prozent ist für rund 50 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich.

Treibhausgase auszustossen ist gratis. Menschen in ärmeren Weltregionen, die am stärksten von der Klimaerhitzung betroffen sind, werden ihrem Schicksal überlassen. Es ist darum eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Hauptverursachenden im eigenen Lebensbereich Gegenmassnahmen ergreifen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist hierzu ein wichtiger Schritt. Die Zeit drängt.

Als Industrienation hat sich die Schweiz im Pariser Abkommen verpflichtet, ab 2050 kein CO<sub>2</sub> mehr auszustossen. Mit einem Ja zum neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz wird das Pariser Klimaabkommen in der Schweizer Gesetzgebung verankert.

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz nimmt das Verursacherprinzip ernst. Autoverkäufer- und Erdölimporteure, die mit dem Referendum den Klimaschutz aus kurzfristigen Eigeninteressen blockieren wollen, werden in die Pflicht genommen. Gleichzeitig gewährleistet das Gesetz den sozialen Ausgleich innerhalb der Schweiz, indem ein Grossteil der CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe pro Kopf an die Bevölkerung rückverteilt wird.

Die Schweiz hat in der Vergangenheit mehr Emissionen verursacht, als ihr aufgrund einer gleichberechtigten, weltweiten Pro-Kopf-Verteilung zustehen würde. Ein revidiertes Klimaziel ist deshalb ein unerlässlicher Meilenstein auf dem Weg zu mehr Klimagerechtigkeit. *Fastenopfer* und die *Klima-Allianz Schweiz* empfehlen mit grosser Überzeugung ein JA zum revidierten CO<sub>2</sub> Gesetz. ◆

## Nein, es ist unvernünftig und ungerecht



FOTO: ZVG

**Lukas Weber** ist Präsident der Arbeitsgruppe Christen + Energie. Der promovierte Elektroingenieur ETH leitet beim Blauen Kreuz Schweiz die Abteilung Kommunikation und Fundraising

Bald können wir über das verschärfte CO<sub>2</sub>-Gesetz abstimmen, denn mehr als 100 000 Bürgerinnen und Bürger haben das Referendum dagegen unterschrieben. Grosse Teile der Bevölkerung haben kein Verständnis für die unvernünftigen und ungerechten Massnahmen, die dieses Gesetz fordert.

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz ist unvernünftig, weil es keinen nachweisbaren Nutzen bringen würde. So ist zum Beispiel nicht bewiesen, was eine bestimmte Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses für das Klima bringen würde. Zudem ist der Beitrag der Schweiz mit einem Tausendstel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verschwindend klein.

Die geforderte Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe würde Löcher in die Kassen von Haushalten und Unternehmen reissen. Die geplante Verdoppelung der CO<sub>2</sub>-Abgabe würden das Heizen und Autofahren deutlich verteuern. Neue Ölheizungen, für viele Mieter und Hausbesitzer das beste Mittel, um ihre Wohnungen warm zu halten, würden verboten werden. Mit der geplanten Verteuerung der Flugtickets müsste eine vierköpfigen Familie für ihre Ferien bis zu 500 Franken mehr bezahlen. Dieses CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ungerecht.

Die *Klima-Allianz Schweiz* ist eine rot-grüne Lobbyorganisation, die grosse Summen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe ihren Günstlingen zuschanzen möchte. Sie will unseren Stromverbrauch reduzieren, fordert aber gleichzeitig den Umstieg auf Stromanwendungen wie Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge – das geht nicht auf!

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich eine eigene Meinung zum verschärften CO<sub>2</sub>-Gesetz zu bilden, nicht unkritisch dem rot-grünen Ja der Landeskirchen zu folgen und am 13. Juni ein Nein in die Urne zu legen. ◆